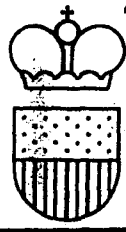


Liechtensteiner Volksblatt



Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Höhere Kinderzulagen zu Beginn des neuen Jahres

Der Landtag stimmte gestern vormittag dem Heimatschriftengesetz zu und erhöhte die Kinderzulagen

Familien mit Kindern kommen ab Jahresbeginn 1986 in den Genuss höherer Familien- oder Kinderzulagen. Der Landtag stimmte einer Vorlage der Regierung zu einer Änderung des Zulagensystems zu und erhöhte die Leistungen der Familienausgleichskasse über das von der Regierung und dem Verwaltungsrat der Familienausgleichskasse vorgeschlagene Mass hinaus. Für Einzelkinder werden künftig 120 Franken (bisher 110 Franken) ausbezahlt. Für Familien mit mehr als zwei anspruchsberechtigten Kindern erhöht sich die Zulage auf 150 Franken pro Kind.

Die von einer FBP-Motion geforderte Änderung des Auszahlungssystems, das durch eine Art Staffelform nach Zahl der Kinder und Alter der Bezugberechtigten familienfreundlicher und sozialer gestaltet werden soll, passierte den Landtag auch in der gestrigen Detailberatung ohne Einwände. Die Änderung gegenüber dem bisherigen System besteht vor allem darin, dass sich die Familien- oder Kinderzulage ab dem zweiten anspruchsberechtigten Kind erhöht. Familien mit mehr Kindern, so die Argumentation und Begründung für die FBP-Motion, haben zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes mehr Ausgaben, so dass eine abgestufte Förderung kinderreicher Familien angezeigt ist.

Genuss von 150 Franken für jedes Kind kommen, während die Regierung noch 140 Franken vorgeschlagen hatte.

Blick in die Zukunft

Der FBP-Abgeordnete Noldi Frommelt schloss sich diesem Erhöhungsantrag nicht an. Seine Begründung lautete, dass der Beschluss in einer Phase wirtschaftlicher Prosperität gefasst würde, dennoch aber an die Grenzen des Möglichen vorstosse. Er vergönne niemanden diese erhöhte Zulage, führte der FBP-Abgeordnete weiter aus, doch gebe er zu bedenken, dass die Reservenbildung für die Zukunft auch ein sehr wichtiges Anliegen sei.

Weitere Wortmeldungen liessen durchblicken, dass auch andere Abgeordnete in der Zukunft nicht immer nur weitere Erhöhungen sehen, sondern dass auch auf der Beitragsseite, die von den Arbeitgebern bestritten wird, eine Entlastung folgen könnte.

Zustimmung zu Heimatschriftengesetz

Von der Behandlung der Vorlage über die Familienhilfe hatte der Landtag das Gesetz über die Heimatschriften beraten und einstimmig verabschiedet. Das neue Heimatschriftengesetz regelt die Vereinheitlichung aller amtlichen Dokumente wie Pass, Identitätskarte oder Heimatschein. Die Regierung beantwortete einige Fragen, die während der ersten Lesung gestellt wurden, zur Zufriedenheit des Landtags. Diskussionen gab es wiederum im Zusammenhang mit den Diplomatentagen. Auf wenig Verständnis stiess die Regelung, dass ehemalige Regierungsmitglieder ihre Diplomatentage auch nach dem Ausscheiden aus der Regierung behalten können - doch einen Änderungsantrag stellte der Landtag nicht.



Herzliche Einladung an alle Kinder

Zur VOLKSBLATT-Weihnachtsfeier, die am Sonntag im Vaduzer Saal stattfindet, sind alle Kinder recht herzlich eingeladen. Zehn Jahre lang wurde die VOLKSBLATT-Kinderweihnacht mit grossem Erfolg durchgeführt. Nun freuen wir uns auf ein Wiedersehen mit unseren kleinen Gästen.

Ein Klarinettenquartett unter der Leitung von Josef Frommelt wird einige Weihnachtsmelodien spielen und eine Gruppe aus dem Kindergarten Triesen wird ein Weihnachtsspiel vorführen.

Der Vaduzer Saal wird um 14.30 Uhr geöffnet, damit auch die Benutzer des Postautos rechtzeitig zur Weihnachtsfeier eintreffen, die um 15 Uhr beginnen wird. Jedes Kind erhält am Saaleingang einen Bon für ein Getränk, für die Erwachsenen liegt die übliche Getränkekarte bereit. Zur Weihnachtsstimmung soll nicht nur der festlich geschmückte Saal beitragen, sondern auch die Guetzli, Mandarinen und Erdnüssen.

Dazu wollen wir alle miteinander Weihnachtslieder singen. Der Weihnachtsmann wird die Kinder auch aufsuchen, einzeln oder in Gruppen Lieder vorzutragen, auf einem Instrument vorzuspielen oder ein Gedicht aufzusagen. Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele Kinder selbst einen Beitrag leisten würden.

Alle Kinder und erwachsene Begleitpersonen, sind zur VOLKSBLATT-Weihnachtsfeier recht herzlich eingeladen. Wir freuen uns darauf.

AKTUELL

Zusammenarbeit zwischen Paris und Bonn

Der französische Staatspräsident Francois Mitterrand und der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl haben in Paris eine noch engere militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten vereinbart. Mitterrand glaubt, dass damit der verbrieften deutsch-französischen Freundschaft ein neuer Aufschwung gegeben werde.

Reagan rettet Steuerreform über erste Hürde

Präsident Ronald Reagan hat eine weitreichende Steuerreform klar über die erste parlamentarische Hürde gebracht. In der Nacht auf den Mittwoch verabschiedete das Repräsentantenhaus durch Beifall die Vorlage des Finanzausschusses. Es sind weniger Steuern für Arbeitnehmer und eine schärfere Besteuerung der Unternehmen vorgesehen. Reagan hat mit grossem persönlichen Einsatz gekämpft.

Noch 46 Tage bis zur Wahl!

Seit die VU ihre Gegeninitiative lancierte, um der FBP-Initiative über die Erhöhung der Landtagsmandate zuvorzukommen, steht das sogenannte «doppelte Ja» auch in unserem Land zur Diskussion. In der Schweiz hat sich das Parlament in den letzten Tagen ebenfalls mit dem Verbot des doppelten Ja bzw. mit dessen Aufhebung befasst. Die dort vorgetragene Systemkritik deckt sich mit den Äusserungen, die in unserem Lande in diesem Zusammenhang vorgetragen wurden: Der Wille des Volkes komme zu wenig zum Ausdruck, die Initiative würde benachteiligt und der Gegenvorschlag werde vielfach nur aus taktischen Gründen eingebracht, um eine Initiative zu Fall zu bringen.

Die FBP-Fraktion hat sich nach den zwei Vorkommnissen - Überhol-Initiative der VU und VU-Gegenvorschlag zur Initiative «Gleiche Rechte...» - eingehend mit dieser Frage auseinandergesetzt und ein Postulat im Landtag eingebracht, das heute im Landtag behandelt wird. Es geht dort um die Prüfung der Frage, ob nicht ein Initiativbegehren, das mehr Stimmen erhalten hat, nochmals einer Volksabstimmung zu unterbreiten. Auf diese Weise könnte der Volkswille besser berücksichtigt werden.



Landtag erhöhte Zulagen

Bereits während der ersten Beratung des Gesetzes waren von Landtagsvizepräsident Armin Meier (FBP) und dem VU-Abgeordneten Alfons Schädler Anträge auf eine weitere Erhöhung, als sie die Regierungsvorlage vorsah, gestellt worden. Nach Auffassung von Alfons Schädler (VU) sollten Familien mit mehr als vier Kindern noch stärker gefördert werden. Diesen Antrag hielt er allerdings aufgrund von Berechnungen des Verwaltungsrates der Familienausgleichskasse nicht mehr aufrecht. Der FAK-Verwaltungsrat hatte in einer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass sich dadurch grössere Verzerrungen ergeben könnten, wenn beispielsweise ein Kind mit Erreichen des 18. Altersjahres nicht mehr anspruchsberechtigt wäre.

Der Landtag stimmte sodann mehrheitlich dem Antrag zu, die Zulage für ein Einzelkind auf 120 Franken (bisher 110 Franken) hinaufzusetzen. Familien mit mehr als zwei Kindern werden in den

Wir brauchen Mandatare, die Führung und Verantwortung nicht scheuen

Nicht Beamte sollen entscheiden, sondern die politisch Verantwortlichen - von FBP-Regierungschefkandidat Dr. Herbert Wille

Das heutige Erscheinungsbild unseres Staates ist von Unruhe und Richtungslosigkeit geprägt. Dies überrascht nicht. Man weiss nicht mehr, wofür und zu was die Regierung steht. Werden Fehler oder Unzulänglichkeiten aufgedeckt, so wird auf die oder den Beamten verwiesen, der für die Regierung als Sachbearbeiter tätig war. Beamte sind jedoch nicht dazu da, um den politischen Organen Führung und Verantwortung abzunehmen. Sie sind auch nicht dazu da, um Führungsschwäche und mangelndes Verantwortungsbewusstsein zu überdecken. Es ist Aufgabe und Pflicht der politisch Verantwortlichen, die notwendigen Entscheidungen selbst zu treffen und zu verantworten, denn nur sie haben vom Volk die Legitimation, den Staat und die Bürgerschaft zu führen und zu regieren.

Die Regierung muss wieder zu einer Autorität werden

Unser Lebensraum und unsere natürlichen und lebenswichtigen Ressourcen werden immer knapper. Die öffentliche Verantwortung jedes Einzelnen nimmt zu, wie dies z.B. die Bereiche des Umweltschutzes oder der Energieversorgung deutlich machen. Wenn schon der Einzelne vermehrt Verantwortung übernehmen und tragen soll, so muss dies umso mehr für die Regierung gelten. Sie darf sich nicht vor der politischen Verantwortung drücken. Nur wenn die politischen Mandatare ihre Entscheidungen eigenverantwortlich treffen, können sie das leisten, was jeder Einzelne erwartet. Denn wo Initiative, neue und eigenständige Lösungen nicht mehr entwickelt, verantwortet und mutig vertreten werden, kommt es zum Stillstand. Dies ist das schlechteste Rezept, um eine ungewisse Zukunft zu meistern.

Regieren heisst nicht reagieren, die Verantwortung auf andere abschieben, sondern vorausschauen, aktiv, mutig und

eigenverantwortlich die Probleme bewältigen.

Ankündigen von Entscheidungen und blosser Berichterstattung ist Flucht vor den Problemen

Neuestes Beispiel ist der Bericht der Regierung an den Landtag vom 19. November 1985 betreffend die Schaffung einer Landwirtschaftszone. Auf vielen Seiten wird ausführlich berichtet, dass nichts getan worden ist. Mangelnde Zivilcourage, Sorglosigkeit und Unfähigkeit, ein Problem sachgerecht anzugehen, spricht aus diesem Bericht. Die Regierung brauchte sechs Jahre, um herauszufinden, dass der Schaffung einer Landwirtschaftszone angeblich die Gemeinde-

autonomie im Wege stehe. Dies ist nichts anderes als eine Flucht vor der Entscheidung, eine Ausrede, die gefährlich ist. Wenn etwas im Interesse der Erhaltung unseres Lebensraumes und unseres Staates getan werden muss, so ist es notwendig, die diesem Ziel entgegenstehenden Hindernisse auf demokratischem Wege Schritt für Schritt auszuräumen. Blosses Zitieren von Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen sowie die Wiedergabe von höchstgerichtlichen Entscheidungen genügen nicht. Offensichtlich war man überfordert und allzu gerne bereit, in politischer Hinsicht anderen Interessen und Rücksichten den Vorzug zu geben, denn die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer landesweiten Landwirtschaftszone

ist unbestritten. Dieser Bericht macht einem betroffen, wenn man sieht, dass die Regierung nicht imstande ist, das Problem einer Lösung zuzuführen und diese Lösung auf allen Ebenen unseres Staatswesens durchzusetzen.

So tun als ob ist kein Weg, die Zukunft zu meistern

Man gibt vor, mit der von der Motion der VU-Fraktion verlangten Änderung des Vormundschaftsrechtes die Weichen in Richtung Gleichstellung von Mann und Frau gestellt zu haben. In Wirklichkeit geht die Motion die Dinge nur dort an, wo keine wirklichen Probleme sind, wo man keinen politischen Entscheid zu treffen braucht. Es fehlt ihr die Überzeugungskraft, so dass dieses Thema hochstilisiert werden muss, um den Eindruck zu erwecken, man habe einen entscheidenden Schritt in Richtung Gleichstellung von Mann und Frau getan. Wer aber nur so tut als ob, gesteht ein, dass er nichts Entscheidendes tun will.

Vorausschauende Politik verlangt Führung

Flucht vor den Problemen führt nicht weiter. Sie verdrängt die Probleme und offenbart, dass es an Führung, Planung und Mut mangelt. Nötig ist die Bereitschaft, im Vertrauen auf die Tragfähigkeit eigener Prinzipien die Herausforderung neuer Probleme anzunehmen und ihnen mit Mut und Einfallsreichtum zu begegnen. Es genügt nicht, auf ausgefahrenen Geleisen weiterzumachen oder nach den Bedürfnissen des Augenblicks zu handeln, wenn vorausschauende Politik gefordert ist. In zahlreichen Gebieten können die bedrängenden Fragen nicht mehr nur durch punktuelle Sofortmassnahmen oder situationsbedingte Korrekturen bewältigt werden. Eine Politik, die führt, Richtung und Orientierung gibt, ist geboten.



Dr. Herbert Wille, FBP-Kandidat für das Amt des Regierungschefs: «Regieren heisst nicht reagieren, die Verantwortung auf andere abschieben, sondern vorausschauen, aktiv, mutig und eigenverantwortlich die Probleme bewältigen.»